

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Einzelhefte 10 Pf. Alle Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen und unter Ausschluss jeder Zeit Beschlüssen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rückzahlung einzelner Hefen erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3-spaltige Reklameweile im letzten Teil 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Verteilung und Platzverhältnisse werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rossen.

Nr. 158 — 83. Jahrgang

Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2040

Mittwoch den 9. Juli 1924

Herriots Kampf ums Dasein.

Leicht hat er's nicht, der französische Ministerpräsident, den der sogenannte „Sieg“ der Linken auf den Sessel Poincarés hob. Unzuverlässige, uneinige Freunde auf der einen, erbitterte Feinde auf der anderen Seite. Und diese Feindschaften konzentrieren sich im Senat, konzentrieren sich unter der Führung seines Vorgängers Poincaré, der jetzt in den Auswärtigen Ausschuss des Senats delegiert ist und seinem Nachfolger auf Schritt und Tritt nachschleicht, um ihm den parlamentarischen Dolch bei der ersten Gelegenheit in den Rücken zu stoßen.

Herriot wehrt sich zwar, mit Taten durch Festhalten an den „Garantien“, durch Worte, indem er seinen feinen Willen bekundet, gegebenenfalls die Opposition zu einer Entscheidung für oder gegen die Grundzüge des Dawes-Gutachtens zu zwingen. In einer Rede am Sonntag — wobei übrigens die Kommunisten eine laute Demonstration für eine Amnestie veranstalteten — sprach er von dem „gewagten Unternehmen“, das seine Regierung darstelle, aber er sei entschlossen, nicht nachzugeben, trotz der zahllosen Klippen, die den Lauf des französischen Staatsschiffes bedrohen.

Interessieren uns als Deutsche die innerpolitischen Schwierigkeiten des Kabinetts Herriot nur indirekt, so ist für uns von Wichtigkeit, was der Ministerpräsident in diesem Zusammenhang — immer in diesem Zusammenhang — zum Reparationsproblem zu sagen hatte. Und dabei kommt wieder das gewohnte „Ja — aber...“ zum Vorschein. Man habe das Gutachten akzeptieren müssen, weil es die beste Zahlungsschance für Frankreich darstelle. Aber es wisse eine ganze Reihe von Fragen auf, deren Regelung durch die Regierung der Alliierten zu erfolgen hat. Und deswegen müsse eine Konferenz der Alliierten stattfinden, wobei wieder die Herstellung eines Einverständnisses zwischen England und Frankreich die Voraussetzung sei. Das habe man in Chequers versucht und erreicht, und unrichtig sei es, die Bedeutung dieser Tatsache abzuschwächen.

Mit diesen verschleierte Worten sucht Herriot die Opposition zu beruhigen, indem er einerseits das auch dieser erwünschte Zusammenarbeiten mit England als dringende Notwendigkeit in den Vordergrund schiebt, es als das eigentliche Ergebnis von Chequers bezeichnet, und andererseits die Regelung jener Fragen als spätere Sorge hinstellt — wenn man nur erst in London auf der Alliierten Konferenz sitze. Daran, daß auch Deutschland bei dieser Regelung sozuzunehmen interessiert sei, scheint man allerdings weniger zu denken.

Im übrigen sind die Bemühungen schon im Gange, weshalb ein Hindernis aus dem Weg zur Einigung zwischen Frankreich und England auszuräumen, indem man die Frage, was gegen Deutschland im Falle einer „Berichtigung“ zu geschehen habe, der Beratung der Londoner Konferenz entziehen will. Die Konferenz von London wird zusammenberufen, um den „Geburtsakt“ des neuen Systems auszuarbeiten, darf aber nicht die Art diskutieren, wie dessen Festschlag festgesetzt wird. Dem dadurch würde sie das neue Regime von vornherein schwächen, wenn man eine einzige der Sanktionen einschränken würde, mit denen man die Herstellung dieses Regimes bestrafen würde,“ schreibt der „Temps“. Man solle eben vor allem erst einmal das Sachverständigengutachten, nur dieses, in Gang bringen. Das ist natürlich für Frankreich sehr bequem, beseitigt aber nicht den Hauptgrund der Zurückhaltung, die sich der Weltkapitalmarkt einem Deutschland gegenüber auferlegen muß, das, wie bisher, von völlig unregelmäßigen, willkürlichen „Sanktionen“ bedroht ist und darum ständig in Gefahr schwebt, durch diese schwere wirtschaftliche Schädigungen zu erleiden.

Abgesehen davon, man sich jetzt auch in Frankreich doch Gedanken zu machen über die internationale Anleihe; hier betont auch wieder der „Temps“ den himmelweiten Unterschied zwischen der Auflegung einer solchen und ihrer Unterbringung. Dabei hat man doch zu bedenken, daß der Weltkapitalmarkt ja nicht nur durch diese, sondern in riesenhaft gesteigerter Weise vor allem durch die Unterbringung der deutschen Offenmarktanleihe und der deutschen Industrieobligationen in Anspruch genommen werden soll, ohne Unterbringung, die ja für Deutschland von besonderer Wichtigkeit ist, weil Frankreich sie erst abwarten will, ehe es das Ruhrgebiet wirtschaftlich räumt. Und so fällt dem „Temps“ auch ein, daß Englands Stellung zur Wiederaufrichtung Deutschlands mittels dieser Anleihe, also zur Wiederbelebung des deutschen Konkurrenzlandes, noch ganz unklar, diese Anleihefrage geradezu der Angelpunkt aller politischen und wirtschaftlichen Regelungen zwischen Deutschland und seinen Glaubigern darstelle.

Man scheint also in Paris auch allmählich dahinter zu kommen, daß das Sachverständigen-Gutachten auch ein paar ganz klare Rechte enthält, auf die Deutschland einen Anspruch zu erheben hat.

Polnisch-deutscher Konflikt.

Polen fordert Genugtuung für Allenstein. Der polnische Gesandte in Berlin hat im Auftrage der Warschauer Regierung dem Außenministerium in Berlin eine Note überreicht, in der feststeht, daß der Bize-

Macdonald in Paris.

(Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

London, 8. Juli. Ramsay Macdonald wird heute vormittag um 9 Uhr aus London über Boulogne nach Paris abfahren. Er wird von dem zuständigen Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Lord Crewe, dem Obersten Waterhouse seinem Kabinettschef, sowie von seinem Privatsekretär begleitet sein. In Paris sieht man dem Eintreffen des englischen Ministerpräsidenten mit der größten Spannung entgegen. Die Situation hat mit dem gestrigen Tage eine entscheidende Wendung erfahren, und am Abend herrschte der Eindruck vor, daß eine wesentliche Entspannung zwischen Frankreich und Großbritannien zu Stande gekommen wäre.

Macdonalds Erklärungen im Unterhause über seine Pariser Reise.

Paris, 8. Juli. Wie aus London gemeldet wird, hat Macdonald gestern nachmittag im Unterhause mitgeteilt, daß er nach Paris abreisen werde. Bei dieser Gelegenheit sagte der Premier, er werde alles tun, was von ihm abhänge, um zu verhindern, daß übergeleitete Menschen die Möglichkeit einer französisch-englischen Verständigung zunichte machen. Er fügte hinzu, er weigere sich, eine so schreckliche Eventualität ins Auge zu fassen. Zum Schluss sagte Macdonald, er werde am Donnerstag im Unterhause über das Ergebnis seiner Pariser Besprechungen genaue Angaben machen.

Macdonalds Reise doch auf Herriots Bitte erfolgt.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Paris, 8. Juli. Ueber den bevorstehenden Besuch Macdonalds werden in amtlichen Kreisen keine Mitteilungen gemacht. Von mangelnder Seite verlautet indessen in später Abendstunde, daß Herriot bereits am Samstag an den englischen Premier die Bitte richtete, sich sobald als möglich mit ihm zu treffen. Die Zustimmung Macdonalds und seine Absicht, nach Paris zu kommen, soll der Londoner französische Botschafter Herriot heute früh mitgeteilt haben. Dieser Besuch ist also keineswegs so unerwartet, wie von einem Teil der Pariser Nachmittagspresse behauptet wird. Die gesamte Presse mißt dem Besuch des englischen Ministerpräsidenten die größte Bedeutung bei und hebt die Tatsache hervor, daß Macdonald alles tue, was in seinen Kräften stünde, um die von „Foreign Office“ begangenen Dummheiten wieder gutzumachen.

Das französische Ultimatum.

Paris, 8. Juli. Ueber den Inhalt des Mindestprogrammes der französischen Regierung für die Londoner Konferenz soll Chicago Tribune folgendes erfahren haben. Die französische Note hält an den im Verfallter Betrage festgelegten Rechten Frankreichs fest. Herriot legt aber in einer Reihe von Punkten seinen Verständigungs-willigen ohne indessen von der Form des Verfallter Betrages abzugeben. Ein hervorhebender Punkt der französischen Note, der ohne

konkurs Ripa in Allenstein die Genugtuung für den Anschlag auf sein Leben nicht erhalten hat, da der Regierungspräsident von Allenstein bisher persönlich nicht bei Ripa vorgeprochen und sein Bedauern über den Vorfall ausgesprochen habe, wozu die deutsche Note sich verpflichtete.

In der polnischen Note wird außerdem behauptet, daß die osteuropäischen Behörden, statt der Pressefrage entgegenzutreten, sich mit ihr solidarisch erklärt hätten. Das beweise u. a. eine Erklärung des Regierungspräsidenten in Allenstein in der Allensteiner Zeitung vom 2. Mai, die den Charakter einer Polemik mit den Leitern der polnischen Konsularstellen habe und die ganze Anschlagfrage als bedeutungslos hinzustellen suche. Die polnische Note erhebt gegen die Haltung der deutschen Behörden in dieser Frage Protest, fordert die Leistung der vereinbarten Genugtuung für Bizekonsul Ripa und die Einwirkung auf die osteuropäische Presse, um diese zur Einstellung der polenfeindlichen Kampagne in der bisher geübten Form zu veranlassen. Die Note betont zum Schluss, daß nur auf diese Weise eine Einstellung der Amtstätigkeit der polnischen Konsulate in Ostpreußen vermieden werden könne.

Bayern und das Dawes-Gutachten.

Voraussetzungen der Zustimmung.
Ministerpräsident Dr. Held hat auf der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin die Zustimmung Bayerns zum Sachverständigen-Gutachten unter folgenden Voraussetzungen ausgesprochen: 1. Es sei zu erwirken, daß die Zollgrenze am Rhein beseitigt und die Wirtschaftseinheit des Reiches wieder hergestellt wird. 2. Die Anerkennung des Gutachtens dürfe keinerlei Anerkennung der Kriegsschuldfrage in sich schließen, die im Gegenteil amtlich aufzurufen sei. 3. Freigabe der Gefangenen und Rückkehr der Ausgewiesenen. 4.

Zweifel in Deutschland einen Sturm der Entrüstung hervorzurufen wird, ist die bekannte Weigerung Herriots, die Deutschen zur Londoner Konferenz zuzulassen, so lange sie nicht die zur Ausführung des Sachverständigenberichts erforderlichen Befehle angenommen haben. Dieses Ultimatum ist in der entschiedensten Tonart gehalten, und der Reichstag wird gezwungen sein, ja oder nein zu sagen; denn die Franzosen werden die Londoner Konferenz verlassen, falls England den Versuch machen sollte, die Deutschen vor der Annahme der durch den Sachverständigenbericht bedingten Befehle einzuladen.

Sege in Italien.

Rom, 8. Juli. Der populäre Abgeordnete Torini, der als italienischer Delegierter der interparlamentarischen Handelskonferenz in Brüssel teilnahm, hat sich zu dem Pariser Korrespondenten des Giornale de Italia über die Stimmung ausgesprochen, die heute Belgien beherrscht. In allen Unterredungen haben sich Politiker, Industrielle, aber auch Führer der Arbeiterorganisationen über die Befürchtung ausgesprochen, daß ein neuer europäischer Krieg in nicht zu weiter Ferne sei. Außerdem hat der frühere belgische Minister de Sege sich auf der Konferenz ebenfalls in diesem Sinne geäußert. Das Unbestimmte, das die kaiserliche Republik (!) einballe, lasse wie ein Alibi auf die Nachbarstaaten. Es handle sich für Belgien drum, um aus dem Niemands herauszukommen, von Frankreich eine energische militärische Kontrolle gegen eine neue deutsche Invasion zu fordern.

Kellogs Million.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“.
London, 8. Juli. In hiesigen Kreisen spricht man davon, daß der amerikanische Botschafter in London Kellogg von seiner Regierung angewiesen wurde, die Ansicht Americas zu dem Dawes-Bericht der britischen Regierung zu unterbreiten. Diese Meldung hat in hiesigen Kreisen Befriedigung erregt, da man glaubt, daß zwischen der Ansicht der britischen und der amerikanischen Regierung kein wesentlicher Unterschied besteht.

Keine Verlegung der Londoner Konferenz nach Brüssel.

Paris, 8. Juli. Am Quai d'Orsay wird erklärt, daß die Gerüchte, wonach die auf den 18. Juli in London festgesetzte Konferenz nach Brüssel verlegt werden soll, aus der Luft gegriffen sind. Aus Brüssel liegt eine offizielle Mitteilung vor, welche dieselbe Nichtsstellung enthält.

Codesurteil im Graff-Prozeß.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Stettin, 8. Juli. Heute vormittag 10 Uhr wurde das Urteil verlesen. Die Angeklagten Kraws und Engeler wurden zum Tode verurteilt. Der Angeklagte Schwirrat wurde freigesprochen. Die Kosten trägt, soweit Freispruch vorliegt, die Staatskasse.

Räumung des Ruhrgebietes und des Duisburger und Düsseldorf-Sanktionsgebietes. 5. Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit in längstens vier Jahren durch ein unparteiisches neutrales Schiedsgericht und endgültige Festsetzung der deutschen Reparationsdauer innerhalb des gleichen Zeitraumes. Bezüglich der Eisenbahnfrage hat Dr. Held die Zustimmung Bayerns von dem Ergebnisse der demnächst in München stattfindenden Verhandlungen mit dem Reich abhängig gemacht.

Die Politik der Deutschen Volkspartei.

Frankfurt a. M., 7. Juli.
Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat in Frankfurt a. M. den Außenminister Dr. Stresemann unter lebhaftem Beifall einstimmig wieder zum Vorsitzenden gewählt. Er hat dann zur äußeren Politik eine Entschiedenheit angenommen, in der die Haltung der Reichsregierung gebilligt wird, insbesondere Stresemanns Stellung zum Dawes-Plan. Doch wird neben anderen allgemein gemachten Vorbehalten u. a. gesagt: Der Zentralvorstand ist sich darüber einig, daß das Sachverständigen-Gutachten nur angenommen werden kann, wenn mit Annahme des Gutachtens die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit und der Hoheitsrechte des Reiches, insbesondere der vertragsmäßigen Zustände am Rhein, gesichert ist. Dies erfordert vor allem die wirtschaftliche und militärische Räumung aller über das Rheinlandabkommen hinaus besetzten Gebiete. Der Zentralvorstand setzt als selbstverständl. voraus, daß Versuche, die Räumungsfrist des altbesetzten Gebietes hinauszuschieben, mit aller Entschiedenheit verhindert werden. In einer Entschiedenheit zur inneren Politik wird bedauert, daß die Bildung einer großen bürgerlichen Koalitionsregierung nicht gelungen ist.